

# Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Druckort: Dresden  
Vertrieb: Dresden  
Für den Abnehmer: 20 000

Bezugs-Gebühr: vom 16. bis 31. Oktober 1927 bei täglich zweimaliger Auslieferung frei Haus 1.50 Mk.  
Unzeigen-Preise: Die Unzeigen werden nach Maßstab berechnet: die einseitige 30 mm breite Zeile 15 Hg., für anderwärts 20 Hg., Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 15 Hg., ausserhalb 20 Hg., die 30 mm breite Reklamzeile 20 Hg., ausserhalb 25 Hg., Obergrenze 30 Hg., Zus. Aufträge gegen Vorauszahlung.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:  
Marienstraße 38-42  
Druck u. Verlag von Neufeld & Reichardt in Dresden  
Schlesien-Road 1088 Dresden

Abdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

## Deutschnationaler Landesparteitag in Zittau.

### Bereitschaft zur aufbauenden Mitarbeit im Reiche und im Lande.

#### Die Seerschau in Oßfashen.

(Von unserem nach dem Tagungsprotokoll entworfenen C. V.-Redaktionsmitglied.)

Zittau, den 23. Oktober 1927.  
Die Deutschnationale Volkspartei für den Wahlkreis Oßfashen hatte als Ort für ihre diesjährige Tagung Zittau, die alte Seestadt, ausersehen. Der starke Besuch aller Veranstaltungen, auch der zahlreichen Nebentagungen, und die Einmütigkeit und Geschlossenheit, von der die Versammlungen getragen waren, zeigten aufs deutlichste, wie kräftig der deutschnationale Gedanke auch in der ehemalsigen Hochburg der sächsischen Demokratie Wurzel geschlagen hat.

Nach einer Sondertagung der Frauen, über die wir an anderer Stelle dieser Nummer berichten, vereinigten sich die Parteimitglieder mit vielen Gästen im „Lindenhof“ zu einem

#### vaterländischen Abend,

der dank der zündenden Reden und der prächtigen musikalischen, gesanglichen und deklamatorischen Darbietungen einen glänzenden Verlauf nahm. Amtsgeschäftsdirektor Wendt begrüßte nach dem feierlichen Fahneneinmarsch des Deutschnationalen Arbeiterbundes im Namen der Zittauer Ortsgruppe die Versammlung auf das herzlichste.

#### Landtagsabgeordneter Grelmann

hielt die Festansprache. Die von einem tiefen Vaterlandsgedank durchdrungenen Worte wurden sichtlich bei allen Hörern einen nachhaltigen Eindruck hinterlassen haben. Die Rede spielte in dem eindringlichen Nachruf an die deutschen Mütter und Väter, dafür zu sorgen,

daß die deutsche Seele wieder zu neuem Leben erwache.

Es dann könnten wir an die Wiederauferstehung des deutschen Volkes glauben. Es gelte, die deutsche Seele aus dem Materialismus zu retten, in dem sie zu erkranken drohe. Wir hätten die Demokratie nicht aus Ueberzeugung vom höheren Werte dieser Staatsform angenommen, Volkssouveränität sei ein Widerspruch in sich. Demgegenüber wollten die Deutschnationalen eine Staatsform, hinter der die ganze Seele steht. Wie in der Politik, so herrschen auch auf dem Gebiete der Wirtschaft Hybriden und fremde Vorbilder. Dem Rufe nach Amerikanismus sei die Forderung entgegenzustellen:

Wir brauchen Deutsche, die unserer Wirtschaft in Unabhängigkeit vom Auslande wieder eine nationale Grundlage, eine deutsche Seele geben.

Wir brauchen die deutsche Seele auch wieder in der Kunst. Er spreche nicht der weltlichen, und erst recht nicht der christlichen Schule die Existenzberechtigung ab, aber für die Gemeinschaftsschule sei jede Existenzberechtigung zu verneinen, weil diese aus Bequemlichkeit und Fehlsicht einer klaren Entscheidung ausweiche. Solange deren Verfechter nicht sagten, welches Erziehungsideal ihnen vorschwebte, könne er sich nicht für diese Schule bekennen.

Wir wollen ein klargestelltes Erziehungsideal vor uns sehen.

Es sei zu befürchten, daß halbe Menschen ohne deutsche Seele in dieser Gemeinschaftsschule erzaogen würden. Man brauche aber ganze Persönlichkeiten. Die deutsche Seele sei gelähmt in den Schoss der Familie und harre dort der Kräfte, die sie neu beleben. Je weniger die Schule den Menschen zum ganzen Charakter forme, desto mehr werde die Familie die Aufgabe haben, die Jugend heranzuziehen, daß sie nicht aufwache in Verzweiflung und Unterwerfungsbewußtsein.

#### Wirtschaftsminister Dr. Krug v. Nidda und v. Falkenstein

führte etwa folgendes aus:

Wenn auch der Reichspolitiker die größten Aufgaben obliegen, so bleibt die Arbeit der Länder wichtig. In unserem Lande, das infolge der Zusammensetzung der Regierung auf eine Politik der mittleren Linie angewiesen ist, ist die Deutschnationale Partei zu Kompromissen wie im Reiche gezwungen, wenn praktische Arbeit geleistet werden soll. Ist diese Arbeit national, also zum Wohle des Vaterlandes, so sind Opfer zu bringen, um

eine Verkündigung für das allgemeine Wohl anzubahnen. Daran sollte nicht irren machen, wenn es zum Besten der Sache ist. Es soll aber auch nichts unverlirht bleiben, um aus aller, auch der Gegner Meinungen den brauchbaren Kern herauszuschälen. Man soll sich auch nicht irren lassen durch die Angriffe auf deutschnationale Meinungen, sondern in der Demokratie, die die freie Meinungsäußerung gestattet, fordern, daß auch der Gegner die Beweggründe und wirtschaftlichen oder sonstigen Ursachen zu erkennen bestrebt sein solle. Solange wir die Dames-Agenten unterstellt sind, sind wir gebunden. Das Gleichgewicht in den Reichs- und Staatshaushalten soll erhalten werden, und doch bringt vor allem das Reich viele neue Aufgaben. Es muß angestrebt werden,

neue Belastungen zu vermeiden und Ersparnisse herbeizuführen.

Die Befoldungsanträge der Beamten ist eine notwendige Angelegenheit der Besorgung an Friedenssicherheit. Aus ihr folgt nicht, daß der Einzelhandel Preissteigerungen einbringen lassen müsse. Es ist aber nicht getagt und in der Aufgabe der Verteilung der Ware nicht be-

gründet, den Einzelhandel ganz allgemein verantwortlich für Preissteigerungen zu machen. Eher möchte man die Lohnpolitik einmal auf ihre Richtigkeit prüfen und, wie die Arbeitgeber sich vielfach haben umstellen müssen, die Gewerkschaften auf die stärkere Verflechtung der Wirtschaft in die Weltwirtschaft aufmerksam zu machen und eine bessere Vertrautheit mit den Bedingungen der Produktion wünschen. Denn, so günstig man Lohn-erhöhungen ansehen kann und sich der angemessenen Erhöhung der Lebenshaltung des fleißigen Arbeiters freuen darf, so hat die Produktion ihre Grenzen in der Konkurrenzfähigkeit. Man darf die gemeinsamen Interessen hier nicht außer acht lassen. Der Blick auf den Lohnzettel des anderen bringt uns selbst keinen Schritt weiter. Besonders stark ist noch immer die Unkenntnis der Produktionsbedingungen in Landwirtschaft und Gartenbau, ebenso die Lage des Hausbesitzes. So richtig der Gedanke der

#### Vereinheitlichung der Steuern

ist, so wird der daraus drohenden Gefahr einer Erhöhung einzelner Steuern rechtzeitig begegnet werden müssen. Gelingt es, eine Verwaltungsreform zu erreichen, die fest ausgreift und dem Staate wirtschaftliche Ersparnisse bringt, so werden wir sie begrüßen.

Wir wollen alle unsere Tagesarbeit trenn leisten, nachdrücklich gegenüber der sichtbaren Verzerrtheit, aber fest und opferbereit, und unbeirrbar festhalten an dem Glauben an ein reiches, sittliches Deutschland. Mit dem Sinn auf praktische Arbeit und geistige Erhebung gerichtet, lassen Sie uns mutig durchhalten, bis eine bessere Zukunft uns leuchtet!

#### Senator Dr. Perlt, Reichsberg I. B.

dankte im Namen seiner anwesenden Landsleute für die Begrüßung und überbrachte die innigsten Grüße und Wünsche der Deutschen Nationalpartei in Böhmen. Er kennzeichnete die unzerstörbare Zusammengehörigkeit und die Schicksalsverbundenheit des Sudetenbundes mit dem Deutschen Reiche und betonte, daß auch nach dem Eintritt von zwei deutschen Politikern in das tschecho-slowakische Ministerium die ausgesprochen deutschesinnliche Politik fortgeführt werde. Seine Partei werde dem Sudetenbundes nach wie vor den Weg weisen, der durch Kampf zum Sieg führe.

#### Der Landesverbandsvorsitzende Dr. R. Philipp

dankte allen Personen und Organisationen, die sich um die Tagung verdient gemacht haben, und richtete warme Worte der Begrüßung an den hochgeschätzten Senator der Partei und mehrfachen Fraktionsführer, Kommerzienrat Hofmann. Er brachte zum Ausdruck, daß es notwendig sei, unsere nationale Politik so viel wie möglich aktiv zu beeinflussen. Nur dann werde es uns gelingen, uns von den Fesseln des Versailleser Vertrages zu befreien.

Wenn wir uns in unserem Pflichtgefühl den verehrungswürdigen Mann zum Vorbild nehmen, dessen achtzigsten Geburtstag wir kürzlich gefeiert haben, Zittau, so sei er überzeugt, daß der nationale Gedanke siegen und wir einem neuen Aufstieg entgegengehen würden.

Das Ergebnis, die Pflicht gegenüber dem Vaterlande in jeder Richtung zu erfüllen, wurde in Hochrufe auf das deutsche und sächsische Vaterland gefeiert, in die die Versammlung lebhaft einstimmte. Der Gesang des Deutschlandliedes schloß sich an.

Am Sonntag vormittag wurde die Tagung mit einer geschlossenen

#### Beraterstiftung

fortgesetzt, in der eine eingehende Aussprache über die deutsche und sächsische Politik erfolgte. Sie ergab das völlige Einverständnis der Partei mit den Fraktionen und den in die Regierung entsandten Vertrauensmännern. Zur Politik der Deutschnationalen legte

#### Reichstagsabgeordneter Geheimrat Dr. Quast

folgendes dar:  
Der Deutschnationalen Volkspartei sind auf politischem Gebiete drei große Aufgaben gestellt. Wir stehen mitten im Kampfe um die erste, die der seelischen Erneuerung. Sie ist vorbereitet durch die Wahl Hindenburgs und gab unserem Staate wieder Würde und eine Anknüpfung an die deutschen Traditionen. Jetzt geht der Kampf um die Erziehung der kommenden Generationen, um das Schulgesetz. Der Redner richtet die Mahnung an die rechtsstehenden Parteien, keine Paragraphenstreitigkeiten untereinander zu treiben, sondern sich zusammenzufinden und in den Kampf zu gehen gegen Vaterlandslosigkeit und Unglauben. Schon aber beginnt auch der Kampf um die zweite Aufgabe, den äußeren Aufbau des Staates. Wie sehr die Weimarer Verfassung verlagert hat, zeigen gerade die demokratischen und sozialdemokratischen Behauptungen in der Zentralisation und in der Flaggenfrage. Die Deutschnationale Volkspartei wird hier die Führung gewinnen müssen. Das Verhältnis zwischen Staat und Ländern muß auf solide Grundlage gestellt werden. Die Folgen des Befoldungsgesetzes werden dazu zwingen. Der Finanzausgleich ist kein finanztechnisches, sondern ein staatsrechtliches Problem. Es handelt sich aber nicht um die Hilfe für die leistungsschwachen Länder, sondern um die

Beseitigung des unerträglichen Dualismus zwischen Reich und Preußen.

Wie sehr aber diese innere Neuordnung mit unserer außenpolitischen Lage zusammenhängt, das hat der sogar in dem

Dames-Gesetz nicht begründete Einspruch des Reparationsagenten gegen das Befoldungsgesetz gezeigt. Material ist ein endgültiger Finanzausgleich erst möglich, wenn man uns den endgültigen Betrag unserer Tribute nennt. Unerrätlich aber ist schon heute die demütigende Finanzkontrolle.

Was wir zahlen wollen, wollen wir als freie Männer zahlen.

Umher Staatstheben wollen wir selbst bestimmen.

#### Deutschnationale Wirtschaftspolitik

lautete das Thema, das Bergwerksdirektor Dr. Rabenauer, Mitglied des Reichstages, behandelte. Er führte u. a. aus:

Auch die Deutschnationale Volkspartei, die sich die Aufgabe gestellt hat, den Materialismus zu bekämpfen und die durch andere als wirtschaftliche Gesichtspunkte zusammengeführt und groß geworden sei, müsse heute Wirtschaftspolitik treiben, da diese von der allgemeinen Politik als eins ihrer wesentlichsten Bestandteile nicht zu trennen sei. Wir lebten in einer Zeit allgemeiner Verlesung der großen politischen Gedanken durch wirtschaftsgeographische Gruppierungen. Welche Preise des Volkes betrachteten den Stimmgabel nicht als ein Mittel, ein mutiges Bekenntnis für eine Weltanschauung abzulegen, sondern als Waffe zur Erhaltung und Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Existenz. Dies gelte nicht nur für die Sozialdemokratie als reine Arbeiterpartei, sondern auch im bürgerlichen Lager zum Beispiel für die Wirtschaftspartei, die Aufwertungspartei und manche andere Partei.

Demgegenüber sei es Aufgabe deutschnationaler Wirtschaftspolitik, unter Wahrung des wirtschaftspolitischen Egoismus in ihren eigenen Reihen auf der Grundlage des gemeinsamen nationalen Programms und unter Berücksichtigung der nationalen Notwendigkeiten den Ausgleich der bestehenden wirtschaftlichen Gegensätze in sich selbst herbeizuführen.

Es sei ferner Aufgabe der Deutschnationalen Volkspartei, auch ihre Wirtschaftspolitik zu führen in deutschnationaler Weise, im Geiste der Befreiung von äußeren und inneren Feinden, der Verödung von einseitiger wirtschaftlicher Interessenpolitik und der Verarmelung der großen ethischen Parteiprogramme mit großen wirtschaftlichen Notwendigkeiten und Möglichkeiten. Auf dieser Grundlage seien die wesentlichsten Ziele deutschnationaler Wirtschaftspolitik: Revision des Dawes-Planes, Sicherstellung einer gesunden Handelsbilanz, Befreiung der Wirtschaft von unerträglicher Steuerlast und der Bevormundung des Staates, Ausöhnung zwischen Arbeitnehmerschaft und Arbeitgeberchaft zu gemeinsamer Arbeit für das Volk.

#### Die Haupttagung

am Nachmittag im „Lindenhof“ war wieder sehr stark besucht.

#### Der Landesverbandsvorsitzende Dr. Kurt Philipp

konnte insbesondere begrüßen den Reichsminister Schiele, den zuverlässigsten Vorkämpfer für die Stärkung des Binnenmarktes, den ersten deutschnationalen Minister in Sachsen, Dr. Krug v. Nidda und v. Falkenstein, der gerade für die Bearbeitung der Wirtschaftsfragen der geachtete Mann sei, den Landesverbandsvorsitzenden, Landtagsabgeordneten Schreiber, der ein lebendiges Zeugnis dafür sei, daß die Interessen unserer Landwirtschaft und der Deutschnationalen Volkspartei eng verknüpft seien, den Fraktionsvorsitzenden Kommerzienrat Hofmann, von dem viele nicht wüßten, was sie an ihm besäßen, den Vertreter des Wahlkreises Westfahlen, Reichstagsabgeordneten Dr. Albrecht Philipp, die volljährig erschienenen Reichstagsabgeordneten Oßfashens und die örtlichen Organisationen, in deren Namen Direktor Korkei herzliche Begrüßungsworte sprach.

Der Landesverbandsvorsitzende begründete sodann die folgende

#### Entschließung

die einstimmig angenommen wurde:

In Sachsen, dem Lande der Reformation, waren bis zur Revolution reichlich neben den katholischen Volksschulen allein evangelisch-lutherische Volksschulen zulässig. Erst der Geleitzgebung nach der Revolution und den Verordnungen der Kultusbildungsminister ist es vorbehalten geblieben, zwar die katholischen Volksschulen für 14 Schulbezirke zu belassen, aber unter Nichtbeachtung der Sperrvorschrift in Art. 174 R.V. die evangelischen Volksschulen tatsächlich in weltliche umzuwandeln, die jetzt als sogenannte Gemeinschaftsschulen aufgeführt werden sollen. Dieses Unrecht muß wieder gut gemacht werden!

Nach dem Sinn der einschlägigen Bestimmungen der Reichsverfassung kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die sächsischen Schulen rechtlich auch jetzt noch als evangelisch und als katholische Volksschulen anzuerkennen sind und daß die Errichtung von weltlichen Schulen oder Gemeinschaftsschulen nur auf Antrag der Erziehungsberechtigten in Frage kommen kann. Das im Widerspruch mit der Reichsverfassung geschaffene sächsische Ubergangsgesetz, das die evangelischen Schulen beseitigt hat, darf nicht als Vorwand zu einer weiteren Entrechtung der christlichen Elternschaft benutzt werden, die einen Anspruch auf die christliche Bekenntnisschule hat. Gegen die rechtliche Anerkennung der sächsischen Volksschulen als sogenannte Gemeinschaftsschulen ist deshalb entschieden